



### **Beschluss Nummer 3.84**

### **Beschluss von der BDKJ Hauptversammlung 2019**

### **Die Jugend soll beteiligt werden.**

### **Ab sofort.**

BDKJ ist die Abkürzung für:

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend.

Auf der Hauptversammlung 2019 hat der BDKJ seine Meinung zu diesem wichtigen Thema aus der Politik und Gesellschaft geäußert:

Kinder und Jugendliche sollen bei mehr politischen Dingen mitentscheiden dürfen.

Es werden viele Entscheidungen getroffen, die erst Folgen für zukünftige Generationen haben. Das bedeutet: Folgen für Menschen, die erst später leben. Zum Beispiel in 50 Jahren. Das ist bei Entscheidungen in diesen Bereichen der Fall:

### **Klimaschutz**

Dabei geht es um die Frage:

Wie kann man das Klima schützen? Und was kann man gegen die Erd-Erwärmung tun?

### **Staatsverschuldung**

Der Staat gibt mehr Geld aus, als er hat. Dadurch verschuldet sich der Staat.

### **Bildungspolitik**

Jeder Mensch soll eine gute Bildung bekommen. Die Bildungs-Politik überlegt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

### **Verbrauch von Ressourcen**

Die Bevölkerung verbraucht Rohstoffe wie zum Beispiel Metalle, Holz und Erdöl. Dabei muss auf einen guten Umgang bei dem Verbrauch geachtet werden.

### **Fragen der Ökologie**

In der Ökologie geht es die Beziehung zwischen Lebewesen und der Natur. Und darum, wie der Mensch mit der Natur umgeht.



### **Umbau der Sozialsysteme:**

Benachteiligte Menschen müssen unterstützt werden, damit jeder Mensch die gleichen Möglichkeiten bekommt. Jeder Mensch soll die Hilfe und Unterstützung bekommen, die er braucht.

### **Migrations-Fragen:**

Manche Menschen kommen aus anderen Ländern, um in Deutschland zu leben. Damit Menschen aus anderen Ländern gut in Deutschland leben können, muss man auf viele Dinge achten.

Kinder und Jugendliche sollen bei diesen Themen aus der Politik mitentscheiden dürfen. Denn Kinder und Jugendliche müssen später mit den Folgen von den getroffenen Entscheidungen leben. Die Politik muss das mitbedenken und verantwortungsvoll sein.

Kinder und Jugendliche haben oft keine Möglichkeit bei diesen wichtigen Themen mitzureden. Oder die Kinder und Jugendlichen werden nicht ernst genommen von den Personen, die die wichtigen Entscheidungen treffen. Kinder und Jugendliche sind sogar schon mit Worten angegriffen worden. Das muss sich ändern! Junge Menschen sind politisch und wollen mitmachen.

Das zeigen sie zum Beispiel mit der Aktion *Fridays for Future*. Hier gehen vor allem Schüler und Schülerinnen an bestimmten Freitagen auf die Straße. Und sie setzen sich für mehr Klimaschutz ein. Das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen zeigt sich auch hier: bei den Demonstrationen zur EU-Urheberrechtsreform.



Für uns ist dies selbstverständlich:

Kinder und Jugendliche ernst nehmen und die Kinder und Jugendlichen fördern und unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen auch in der Politik mitmachen dürfen. Und sich mit ihren jeweiligen Fähigkeiten einbringen können und dürfen. Wenn Kinder und Jugendliche Leitungen in bestimmten Bereichen übernehmen, lernen sie gleichzeitig viel über demokratisches Handeln.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung.

Das steht auch in den Grundrechten. Aber diese Möglichkeit auf Mitbestimmung ist stark eingeschränkt: Kinder und Jugendliche dürfen häufig erst ab einem bestimmten Alter an politischen oder kirchlichen Wahlen mitmachen. Dafür müssen die Kinder und Jugendlichen meist 14, 16 oder sogar 18 Jahre alt sein.

Wir in den katholischen Jugendverbänden fordern, dass junge Menschen schon früher mitentscheiden dürfen. Auch, wenn sie jünger als 14 Jahre alt sind. Kinder und Jugendliche sind früh in der Lage, ihre eigene Meinung einzubringen. Dazu müssen wir die Kinder und Jugendlichen unterstützen. Und sie schon früh in politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungen mit einbeziehen.

Dafür ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche aktiv bei Wahlen mitmachen dürfen. Bei Wahlen werden wichtige Dinge für die Zukunft entschieden. Politiker und Politikerinnen müssen lernen, dass sie gute Entscheidungen für die Zukunft treffen. Und dass die Politiker und Politikerinnen für diese Entscheidungen die Verantwortung übernehmen. Es soll keine Mindestaltersgrenze für Wahlen geben. Denn dadurch dürfen fast 13,5 Millionen Menschen nicht politisch mitbestimmen. Das ist ein Sechstel der Bevölkerung. Das darf nicht so bleiben. Umgekehrt gibt es beispielsweise keine Altersobergrenze.



Als katholische Jugendverbände fordern wir die Personen, die in unserer Politik, Kirche und Gesellschaft wichtige Entscheidungen treffen, dazu auf:

### **Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst nehmen**

Personen, die sehr wichtige Entscheidungen treffen, müssen mit und nicht über Kinder und Jugendliche sprechen. Sie müssen Kinder und Jugendliche in die Politik mit einbeziehen. Und sie müssen die Forderungen der Kinder und Jugendlichen ernst nehmen. Dafür muss es ein festes Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche in diesen Bereichen geben: Politik, Kirche und Gesellschaft. Es muss überlegt werden, wie ein geeignetes Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche aussehen kann.

### **Wahlalter absenken**

Kinder und Jugendliche sollen selbst mitbestimmen können. Die Altersgrenzen sind einfach so festgelegt worden. Die Altersgrenzen müssen aber die aktuelle Situation berücksichtigen. Es ist unbedingt notwendig, das Wahlalter abzusenken. Damit junge Menschen wählen gehen dürfen. Wir fordern die Politiker und Politikerinnen auf, sich für diese Änderungen in den Gesetzen einzusetzen. Wir lehnen es ab, dass ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin für eine andere Person oder Gruppe wählt. Kinder und Jugendliche sollen selbst wählen dürfen.

### **Einfache Sprache in der Politik**

Kinder und Jugendliche brauchen eine einfache Sprache in der Politik. Durch eine einfache Sprache können Kinder und Jugendliche in der Politik mitreden. Partei-Programme oder Vorhaben für neue Gesetze müssen in eine einfache Sprache übersetzt werden. Der Inhalt ist dabei das wichtigste. Kinder und Jugendliche sollen nicht durch komplizierte Texte verwirrt werden.

### **Kinder und Jugendliche in ihrem Handeln bestärken und fördern**

Kindern und Jugendliche machen bereits aktiv in der Politik mit. Wir können stolz auf diese Kinder und Jugendlichen sein. Und wir fördern genau dieses Handeln. Kinder und Jugendliche sollen sich in der Politik gut zurechtfinden. Dafür brauchen sie Möglichkeiten, um sich auszuprobieren. Um zu schauen, wie sie politisch handeln können. Dadurch lernen die Kinder und Jugendlichen auch, dass sie selbst ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind.



### **Bildung muss praktisch sein und Bildung mit dem wahren Leben zu tun haben**

Kinder und Jugendliche sollen eigenständige Entscheidungen treffen können und auch dürfen. Dafür muss die politische Bildung mehr mit dem wahren Leben zu tun haben. Dafür muss es in diesen Bereichen feste Mitbestimmungsrechte und Möglichkeiten zur Mitbestimmung für junge Menschen geben: in der Schule und Ausbildung, im Beruf und in und an anderen Bildungsorten. Politische Bildung muss sich mit aktuellen Themen beschäftigen. Dadurch lernen junge Menschen, sich selbst in die Gesellschaft einzubringen. In Jugendverbänden können junge Menschen aktiv Dinge mitgestalten. Hier lernen sie demokratisches Handeln lernen. Deswegen muss die finanzielle Förderung von Jugendverbänden gesichert sein.

### **Junge Menschen sollen auch Entscheidungen treffen dürfen**

In unserer Bevölkerung gibt es sehr viele junge Menschen. Sie machen ein Drittel von unserer Bevölkerung aus. Daher müssen sie auch mehr Verantwortung übernehmen dürfen. Dabei geht es um Verantwortung in diesen Bereichen: Politik, Kirche und Gesellschaft. Bestimmte Personen haben Stellen, in denen sie sehr wichtige Entscheidungen treffen. Wir fordern, dass mindestens 25% von diesen Stellen für junge Menschen unter 35 Jahren sein sollen.

### **Kinderrechte in das Grundgesetz schreiben**

Wir fordern, dass die Kinderrechte aus der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland komplett umgesetzt werden. Dazu gehört für uns auch, dass die Kinderrechte im Grundgesetz stehen.